

Die Schweizerische Post lässt sich hacken. Seit diesem Montagmittag versuchen Programmierer rund um den Globus, in das neue E-Voting-System des gelben Riesen einzudringen. Wer einen Schwachpunkt entdeckt, wird mit einem kleinen Geldbetrag belohnt, wenn die Manipulation von Wählerstimmen gelingt, und zwar so, dass diese vom System unentdeckt bleiben, dem winken bis zu 50.000 Franken.

Vier Wochen lang dauert dieser sogenannte Intrusionstest, also gleich lang, wie das E-Voting-System bei einer echten Volksabstimmung online wäre. Begleitet wird der Test von einem zünftigen medialen Brimborium, bei dem sich alles um die Frage dreht, ob und wenn ja, wie sicher ein digitaler Umengang ist.

Hier die Post und die von ihr beauftragte Softwarefirma. Unterstützt von der Bundeskanzlei, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, dem E-Voting endlich schweizweit zum Durchbruch zu verhelfen.

Dort die ebenso internetaffinen wie -kritischen Kreise, Politiker, IT-Cracks und Fachjournalisten, für die E-Voting eine gefährliche Manipulationsmaschine ist, deren flächendeckende Inbetriebsetzung es unbedingt zu verhindern gilt.

Die einen wittern gute Geschäfte und erhoffen sich einen niederschwelligeren Zugang zur demokratischen Mitbestimmung. Die anderen sehen bereits staatlich gesteuerte Hackergruppen ihre Rechner hochfahren, um die Schweiz mit gefäakten Abstimmungen ins politische Chaos zu stürzen.

Was passiert da gerade?

Alles begann um die Jahrtausendwende, kurz bevor die Dotcom-Blase platzte. Als das Internet noch einem Wilden Westen glich, alles möglich, aber ebenso vieles noch völlig unklar schien und die interdepartementale Koordinationsgruppe Informationsgesellschaft in einem ihrer Berichte schrieb: »Die Begriffe im Bereich des elektronischen Kontaktes zu staatlichen Stellen sind noch wenig definiert.«

Man wusste also nicht einmal, wie man es nennen sollte, wenn der Staat seine Informationsangebote und seine Schaltersubebn in den virtuellen Raum zügelt. Heute ist es selbstverständlich, seinen Trautermoin am Online-Schalter zu reservieren, die Adressänderung digital zu melden oder eine Steuererklärung im Web auszufüllen und einzureichen.

Der Bund und die Kantone wollten jedoch mehr. Schon damals. Sie lancierten ein Projekt namens »Vote electroniques«. Das verblichene Nachrichtenmagazin *Faet* schrieb dazu: »Die Demokratie auf der Datenautobahn kommt – langsam, aber unaufhaltsam.« Tatsächlich fanden bereits im Jahr 2004 erste Versuche mit E-Voting bei eidgenössischen Abstimmungen statt. Genf wurde dabei zum Pionierkanton.

Aber seither verpassen der Bund und seine Verwaltung ein ums andere Mal die selbst gesteckten Ziele – bis heute.

Bei den eidgenössischen Wahlen von 2013 sollte die große Mehrheit der Auslandschweizer elektronisch mitun können und die große Mehrheit der Kantone ein E-Voting-Angebot eingerichtet haben. Sie konnten es nicht, sie taten es nicht. Und im heurigen Wahljahr 2019 sind es nicht mehr allein die technischen Sicherheitsfragen, die das E-Voting aufhalten. Auch nicht die 2700 Hacker, die das System in diesen Tagen zu knacken versuchen. Nun trifft das einst so gehypte digitale Abstimmen und Wählen auf politische Opposition.

Eine Volksinitiative fordert ein Moratorium für E-Voting, das erst einmal fünf Jahre dauern und danach so lange bestehen bleiben soll, bis das System absolut sicher ist. Das bedeutet de facto ein Technologieverbot.

Hinter dem Volksbegehren steht eine bunte Politiker- und Aktivistentruppe von rechts außen bis ultralinks. Vom Internetunternehmer und SVP-Nationalrat Franz Grüter über den Jungfreisinnigen Nicolas A. Rimoldi, den grünen Balthasar Glättli und die Juso-Chefin Tamara Funicello. Am 12. März starten sie mit der Unterschriftensammlung. Kampagnenleiter Rimoldi sagt, er sei »ein großer Freund der Digitalisierung«. Er erzählt, wie er in seinem Plattenspieler aus den 1980er-Jahren einen Bluetooth-Stecker verbaut hat, damit er ihn über

seine Smartwatch steuern könne. Aber E-Voting? »Es gibt praktisch keinen realpolitischen Nutzen für E-Voting«, sagt Rimoldi. »Es ist nicht einfacher, nicht schneller, nicht sicherer als das heutige analoge System.« Deshalb wirbt er für einen »sofortigen Marschhalts«.

Klar, betrügen geht auch bei der heute schweizweit verbreiteten Briefwahl, aber es ist mit viel mehr Aufwand verbunden. Bei der hauchdünn angenommenen Masseneinwanderungsinitiative der SVP hätte es lediglich 20.000 ungültige Stimmen gebraucht, um das Resultat zu kippen, sagen die E-Voting-Gegner. Aufgefallen wäre ein solcher Hack nicht.

Doch die Warner finden nur schwer Gehör. 2016 fragte eine Studie des Zentrums für Demokratie in Aarau 1523 Personen nach ihrer Einstellung zur elektronischen Stimmabgabe: Fast 70 Prozent der Befragten waren dafür, bei den unter 30-Jährigen sogar 90 Prozent. Und der Bundesrat will die elektronische Stimmabgabe neben der händischen und brieflichen möglichst rasch umsetzen. Kein Kanton muss, aber jeder Kanton darf ein System anbieten und erhält dafür eine unbefristete Bewilligung. Das beschloss die Regierung im vergangenen Dezember.

Dabei ist bis heute unklar, was E-Voting eigentlich bringt. Die Hoffnung, dass sich damit die Wahlbeteiligung erhöhen lässt, hat sich längst zerschlagen. Im Pionierkanton Genf konnten bei den Parlaments- und Regierungsratswahlen im April 2018 erstmals alle Stimmberechtigten e-voten. 16.718 Personen haben dies laut der Staatskanzlei getan. Aber die Wahlbeteiligung lag bei 38,77 Prozent, also zwei Prozent niedriger als bei den Gesamterneuerungswahlen fünf Jahre zuvor.

Inzwischen will nicht einmal mehr Bundeskanzler Walter Thurnherr, der Mister E-Voting, das digitale Abstimmen als Mobilisierungsprogramm verstanden wissen. Einführen will er das System trotzdem. Es entspreche einem Bedürfnis, nach über 300 Versuchen sei E-Voting reif für den ordentlichen Betrieb – und allen voran die Auslandschweizer würden davon profitieren. Da ist was dran. Heute leben 752.000 Schweizer im Ausland. Davon

Die Zeit
28.02.2019
Matthias Daum
Sarah Jäggi

sind allerdings nur 20 Prozent in einem Stimmregister eingetragen, und die meisten dieser 160.453 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger leben in einem Nachbarland der Schweiz. Also dort, wo die Post mehr oder weniger ordentlich funktioniert oder man sogar eine Reise in ein Wahllokal in der Heimat auf sich nehmen könnte.

Sowieso stellt sich die Frage, wieso derart viel politische Energie und Geld darauf verwendet wird, dass die Schweizer im Ausland an den Wahlen im Inland teilnehmen können; obschon sie der Entscheid kaum tangiert. Oder ob die Überzeugungskraft und die Millionen nicht viel besser investiert wären, wenn sie den Ausländern in der Schweiz die Teilhabe am demokratischen Prozess erleichtern würden. Sie betrifft es unmittelbar, wer das Land regiert.

Ende 2018 gab der Kanton Genf bekannt, dass er seine elektronische Abstimmungsplattform aufgeben werde. Aus finanziellen Gründen. Dass es Hackern des Chaos

Computer Clubs zuvor gelungen war, in die E-Voting-Plattform einzudringen und diese zu manipulieren, habe mit dem Entscheid nichts zu tun, hieß es.

Der Kanton Aargau hat seine E-Voting-Pläne gestoppt, nachdem das Parlament zuvor 2,8 Millionen Franken bewilligt hatte, womit in fünf Gemeinden E-Voting hätte angeboten werden können. In Basel-Stadt waren 5,9 Millionen Franken eingeplant, diese werden nun aber vorläufig nicht ausgegeben, nachdem eine entsprechende Motion im Großen Rat eine Mehrheit fand. Auch Solothurn stellt seine Pläne zurück. In Glarus will man den Hacker-Test der Post abwarten, bevor man sich entscheidet. Der Kanton Jura lehnte im Dezember eine Einführung eines E-Voting-Systems gleich ganz ab. Ebenso Basel-Land. Selbst im Kanton Zürich, der sich gerne als nationaler Innovationstreiber sieht, wurde E-Voting aus dem Finanzplan gekippt.

Monatorium hin oder her: Das schweizweite E-Voting scheint sich gerade selbst runterzufahren. Weil es ein Problem zu lösen vorgibt, das es so gar nicht gibt – und dabei nicht weniger riskiert als das Vertrauen in den direktdemokratischen Prozess.

